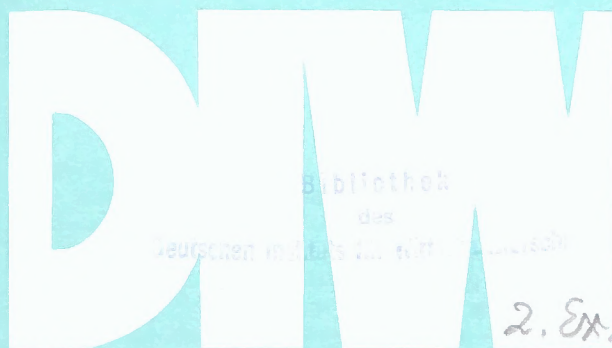




Großraum Berlin	295
Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988	304

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/90

Berlin

31. Mai 1990

57. Jahrgang

Großraum Berlin

Strukturen, Chancen, Risiken

Mit der politischen und ökonomischen Öffnung der DDR und einer Hauptstadt- oder Metropolenfunktion Berlins werden sich neue großräumige Strukturen und Verflechtungsbeziehungen entwickeln. Eine Reihe der bisherigen Strukturdefizite und Standortnachteile West-Berlins wird sich nach und nach verringern. In der Übergangszeit werden der wirtschaftliche Umbruch in der DDR und der Prozeß des Zusammenwachsens der Stadt allerdings erhebliche Probleme und Risiken mit sich bringen, die vor allem den Arbeitsmarkt betreffen.

Der folgende Beitrag skizziert die demographischen und ökonomischen Strukturen¹ und die Entwicklungsperspektiven einer Region, deren Teilräume nach 40 Jahren unterschiedlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung wieder zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zusammenwachsen werden.

Zur Abgrenzung des Großraums Berlin

Über die künftige Gestalt eines Großraums Berlin und dessen politisch-administrative Struktur wird gegenwärtig lebhaft diskutiert. Unter regionalplanerischen Gesichtspunkten wird sich die Größe eines solchen Raumes vor allem an den künftigen Verkehrs- und Verflechtungsbeziehungen und den raumordnerischen Zielen orientieren. Eine wissenschaftlich begründete Abgrenzung auf der Basis des in der Regionalforschung gebräuchlichen Stadtregions-Konzepts², bei dem als Abgrenzungsmerkmale die Bevölkerungsdichte, die Erwerbsstruktur und — als entscheidendes Bestimmungsmerkmal — die Pendlerverflechtungen zwischen dem Kerngebiet der Stadtregion und den Umlandgemeinden verwendet werden, kann derzeit für Berlin nicht vorgenommen werden. Denn die für Agglomerationen typischen Verflechtungsbeziehungen in dem neuen Großraum Berlin werden erst wieder entstehen.

Aus Gründen der Praktikabilität wird für die folgende Analyse grundsätzlich auf das Gebiet der beiden Teile

Berlins und die unmittelbar angrenzenden Stadt- und Landkreise der DDR-Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder abgestellt. Hierzu gehören der Stadtkreis Potsdam sowie die Landkreise Oranienburg, Nauen, Potsdam, Zossen, Königs Wusterhausen (Bezirk Potsdam) und Bernau, Strausberg, Fürstenwalde (Bezirk Frankfurt/Oder). Dieser Raum liegt innerhalb eines 60 km-Radius um das Stadt-

¹ Ein Teil der verwendeten Daten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur wurde vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin (Ost) zur Verfügung gestellt. Sie beziehen sich teilweise auf unterschiedliche Zeitpunkte und Raumeinheiten, so daß eine komplexe Analyse für einen einheitlichen Untersuchungszeitraum nicht möglich war.

² Zur Abgrenzung städtischer Agglomerationsräume in der Bundesrepublik hat sich in der Regionalforschung das Modell der Stadtregionen durchgesetzt. Auf der Grundlage einer methodischen Untersuchung von Boustedt hat die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) 1960 für das Gebiet der Bundesrepublik 68 Stadtregionen abgegrenzt. Inzwischen hat die ARL ein Nachfolgemodell für das Stadtregionskonzept entwickelt (vgl. Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Modell zur Abgrenzung und Gliederung, Hannover 1984), das aber noch der Operationalisierung bedarf.

Tabelle 1

Fläche, Bevölkerung und Erwerbstätige im Großraum Berlin 1989

Stadt/Kreis	Fläche ¹⁾ qkm	Bevölke- rung ¹⁾ in 1 000	Erwerbs- tätige ²⁾ in 1 000	je qkm	
				Einwohner	Erwerbstätige
Berlin (West)	480,1	2 134,1	940,0 ³⁾	4 445	1 958
Berlin (Ost)	403,3	1 279,2	697,1	3 172	1 728
Landkreis Oranienburg	856,7	128,8	59,7	150	70
" Nauen	894,4	76,5	36,0	86	40
" Potsdam	737,8	99,0	51,1	134	69
Stadtkreis Potsdam	100,6	141,4	75,3	1 406	749
Landkreis Zossen	765,6	75,3	34,7	98	45
" Königs Wusterhausen	725,5	85,8	32,7	118	45
" Bernau	757,8	71,7	24,4	95	32
" Strausberg	689,4	89,4	29,3	130	42
" Fürstenwalde	924,5	104,2	44,7	113	48
Insgesamt	7 335,7	4 285,5	2 024,9	584	276

¹⁾ 31. Dezember 1989. — ²⁾ Für das Gebiet der DDR betriebsteilbereinigte Ergebnisse per 30. September 1989 (ohne Lehrlinge und X-Bereich). — ³⁾ geschätzt.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Amt der Stadt Berlin; Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW.

zentrum von Berlin (vgl. Abbildung). Mit einer Fläche von 7 336 qkm hat der Großraum Berlin die gleiche Größe wie die Region Hamburg³, weist aber eine andere Struktur auf (vgl. Tabelle 2). So entfallen fast 80 vH der Bevölkerung auf das Gebiet der Kernstadt Berlin, während es in Hamburg — ebenso wie in München — weniger als 60 vH sind. Umgekehrt liegt der Bevölkerungsanteil des Berliner Umlandes und die Zahl der Einwohner je qkm deutlich unter den Hamburger und Münchener Vergleichswerten.

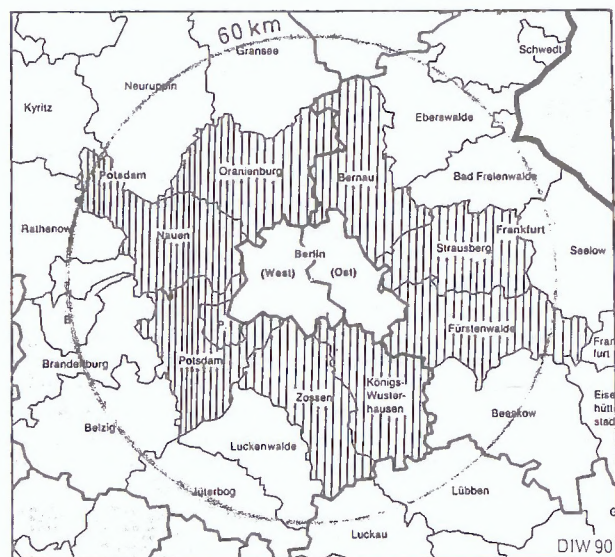
Tabelle 2

Demographische Strukturmerkmale der Großräume Berlin, Hamburg und München

Struktur- merkmale	Berlin	Hamburg	München
	31.12.1989	31.12.1987	31.12.1986
Fläche (qkm)	7 336	7 340	4 699
— Kernstadt	883	755	310
— Umland	6 453	6 585	4 389
Bevölkerung (in 1 000)	4 285,5	2 768,0	2 252,4
— Kernstadt	3 413,3	1 594,2	1 274,8
vH	79,6	57,6	56,6
— Umland	872,2	1 173,8	977,7
vH	20,4	42,4	43,4
Einwohner je qkm	584	377	479
— Kernstadt	3 866	2 112	4 112
— Umland	135	178	223

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Amt der Stadt Berlin; Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg.

Der Großraum Berlin



³⁾ Sie umfaßt das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg und der angrenzenden sechs Landkreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hztg. Lauenburg, Harburg und Stade.

Tabelle 3

**Bevölkerungsentwicklung im Großraum Berlin
von 1950 bis 1989**

Jahr	Einwohner in 1 000			
	Großraum Berlin	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Umland ¹⁾
1950	4 198,7	2 147,0	1 189,1	862,6
1964	4 117,9	2 200,2	1 070,7	846,9
1971	4 030,6	2 084,0	1 086,4	860,2
1981	4 025,0 ²⁾	1 988,7	1 162,3	874,0
1989	4 285,5	2 134,1	1 279,2	872,2

¹⁾ Stadtkreis Potsdam und Landkreise Oranienburg, Nauen, Potsdam, Zossen, Königs Wusterhausen, Fürstenwalde, Strausberg, Bernau. — ²⁾ Geschätzte Zahl, da die Fortschreibungsergebnisse für Berlin (West) um rd. 100 000 Personen zu niedrig waren.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW.

Bevölkerungsentwicklung im Großraum Berlin

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Berlin eine europäische Metropole mit einem rasanten Bevölkerungswachstum. Die Zahl der Einwohner im Großraum Berlin stieg in nur 68 Jahren von 1,2 Mill. (1871) auf rd. 5 Mill. (1939). Dagegen war die Nachkriegsentwicklung in Berlin und seinem Umland — auf einem gegenüber dem Vorkriegsstand um rd. 0,9 Mill. niedrigeren Niveau — insgesamt für lange Zeit durch rückläufige oder stagnierende Bevölkerungszahlen gekennzeichnet (vgl. Tabelle 3). Im Jahre 1981 lag die Einwohnerzahl im Großraum Berlin um 1 Mill. niedriger als 1939. Erst in den achtziger Jahren ist sie wieder gestiegen: Sie betrug Ende 1989 rund 4,3 Mill. Etwa die Hälfte davon lebt auf dem Gebiet von West-Berlin.

Wegen der besonderen politischen Situation hat sich die für westdeutsche Ballungsräume typische Entwicklung einer Raumstruktur mit intensiven Verflechtungsbeziehungen zwischen dem Kerngebiet der Stadtregion und seinen Umlandgemeinden im Großraum Berlin nicht oder nur bedingt herausbilden können. So hat sich die für Agglomerationen charakteristische Kern-Rand-Wanderung von Bevölkerung und Industrie in West-Berlin nicht über die Stadtgrenzen hinaus, sondern nur innerhalb des Stadtgebietes vollzogen. Pendlerverflechtungen bestehen nur zwischen Ost-Berlin und seinem Umland, und sie konzentrieren sich auf die in einem Halbkreis um das Gebiet von Ost-Berlin liegenden Städte und Gemeinden⁴. Mit etwa 80 000 Arbeitsplatzeinpendlern (per Saldo) haben sie für eine Millionenstadt einen geringen Umfang. Im Vergleich dazu betrug die Zahl der täglichen Berufseinpender nach Hamburg 1987 per Saldo rund

175 000. Während in der Hansestadt auf 1 000 Erwerbstätige 187 Pendler kommen, sind es in Berlin (Ost) nur halb so viele. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür ist die Konzentration des Wohnungsneubaus auf die neugebildeten Stadtbezirke Ost-Berlins (Marzahn, Hellersdorf), die den größten Teil der Bevölkerungszuwanderung in den Berliner Raum aufnehmen.

Die an West-Berlin angrenzenden Gebiete der DDR gerieten nach dem Bau der Mauer im Jahre 1961 wegen der nunmehr deutlich größeren Verkehrswegedistanz zu Ost-Berlin in eine Randlage. Die im westlichen Umland liegenden Städte (mit mehr als 10 000 Einwohnern) verzeichnen meist eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung (vgl. Tabelle 4). Die Ausnahmen bilden der alte Industriestandort Teltow und Potsdam, das als Bezirkshauptstadt in den letzten 20 Jahren offenbar eine eigene Agglomerationswirkung entfalten konnte.

Die in einem Halbkreis um Ost-Berlin liegenden Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern hatten fast ausnahmslos Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen, wobei die Städte mit den höchsten Wachstumsraten zugleich Endhaltepunkte des elektrifizierten S-Bahn-Netzes und — mit Ausnahme von Erkner — auch Kreisstädte der umliegenden Landkreise sind (Oranienburg, Bernau, Strausberg und Königs Wusterhausen).

Den größten Bevölkerungszuwachs hatte Ludwigsfelde im Süden Berlins — eine Stadt, die erst nach dem Kriege durch die Ansiedlung des VEB IFA-Automobilwerkes ihren wesentlichen Entwicklungsschub erhielt und in den Jahren 1959 bis 1963 als „erste sozialistische Wohnstadt“⁵ des Bezirkes Potsdam in industrieller Plattenbauweise errichtet wurde.

Erwerbstätigenstruktur und -entwicklung

Im Großraum Berlin standen 1989 fast 2,2 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung⁶, von denen etwa 43 vH auf das Gebiet von West-Berlin entfielen. Mit nahezu 2 000 Beschäftigten je qkm hatte der Westteil der Stadt die höchste Arbeitsplatzkonzentration innerhalb der Region.

Die räumliche Verteilung der Arbeitsplätze innerhalb Berlins hat sich gegenüber der Vorkriegssituation grundlegend verändert. Während in den zwanziger Jahren

⁴ In der Literatur der DDR wird die Stadtregion Berlin denn auch definiert als das Gebiet, das aus der Hauptstadt der DDR und einem halbkreisförmigen Umland besteht, zu dem die Kreise Oranienburg, Bernau, Strausberg, Fürstenwalde, Königs Wusterhausen und Zossen gehören (vgl. Berlin und sein Umland, hrsg. von A. Zimm, Gotha 1988, S. 222).

⁵ Vgl. Die DDR im Spiegel ihrer Bezirke, Berlin 1989, S. 272.

⁶ Für das Gebiet von Berlin (Ost) wurden dabei gegenüber der offiziellen Statistik für Lehrlinge und den sogenannten X-Bereich, dem größtenteils Angehörige des Sicherheitsapparates, der Streitkräfte und des Parteiapparates zugerechnet werden, zusätzlich 150 000 Beschäftigte veranschlagt.

Tabelle 4

Bevölkerungsentwicklung in den Städten des Berliner Umlandes
mit mehr als 10 000 Einwohnern

Kreis	Stadt	Einwohner 1950 ¹⁾ 1989		Veränderung			
				1950-1971		1971-1989	
				absolut	vH	absolut	vH
Oranienburg	Henningsdorf	15 968	25 306	8 574	53,7	764	3,1
	Velten	10 546	10 848	-1 587	-15,0	1 889	21,1
	Oranienburg	18 735	28 978	1 646	8,8	8 597	42,2
Bernau	Bernau	13 355	19 574	585	4,4	5 634	40,4
Strausberg	Neuenhagen	12 300	11 531	710	5,8	-1 479	-11,4
	Strausberg	10 604	28 533	8 830	83,3	9 099	46,8
Fürstenwalde	Erkner	6 631	12 127	1 760	26,5	3 736	44,5
	Rüdersdorf	11 218	12 160	-54	-0,5	996	8,9
	Fürstenwalde	30 388	35 658	453	1,5	4 817	15,6
Königs Wusterhausen	Königs Wusterhausen	6 846	18 405	3 589	52,4	7 970	76,4
Zossen	Ludwigsfelde	5 810	22 582	10 928	188,1	5 844	34,9
Östliches Umland		142 401	225 702	35 434	24,9	47 867	26,9
Nauen	Falkensee	29 189	22 307	-3 182	-10,9	-3 700	-14,2
	Nauen	13 521	11 215	-1 693	-12,5	- 613	- 5,2
Potsdam/Stadt	Potsdam	118 180	141 430	-6 844	- 5,8	30 094	27,0
Potsdam/Land	Werder	10 828	10 656	-1 063	- 9,8	891	9,1
	Kleinmachnow	13 743	11 830	561	4,1	-2 474	-17,3
	Teltow	11 615	15 089	3 715	32,0	- 241	- 1,6
Westliches Umland		197 076	212 527	-8 506	-4,3	23 957	12,7
Umlandstädte insgesamt		339 477	438 229	26 928	7,9	71 824	19,6

¹⁾ Ergebnisse der Volkszählung der DDR.
Quellen: Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW.

mehr als 60 vH aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz im historischen Stadtkern (Alt-Berlin) hatten, waren es 1989 — bei einer nahezu unveränderten Zahl von rund 1,8 Mill. Erwerbstätigen — nur noch 39 vH (vgl. Tabelle 5). Ähnlich wie bei den Einwohnern — hier hat sich der Anteil von 44 vH (1925) auf 22 vH (1989) halbiert — hat bei den Arbeitsstätten eine sowohl kriegsbedingte als auch siedlungsstrukturell verursachte Verlagerung in andere Stadtbezirke stattgefunden. Mit dem Abbruch der Mauer und der Zusammenführung der beiden Stadthälften ist eine Aufwertung des früheren Stadtzentrums und eine Zunahme der Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich zu erwarten.

Hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur sind zwischen den einzelnen Teilräumen des Großraums Berlin deutliche Unterschiede festzustellen (vgl. Tabelle 6). So weisen in West-Berlin die sonstigen privaten und staatlichen Dienstleistungen einen Erwerbstätigenanteil von rd. 50 vH auf, während in Ost-Berlin trotz der Funktion als Hauptstadt der DDR nur etwas mehr als 37 vH (unter Berücksichtigung des X-Bereiches und der Lehrlinge 45 vH) auf diesen Bereich entfallen. Demgegenüber sind im Ostteil der Stadt der industrielle Sektor sowie Handel und Verkehr weitaus stärker vertreten.

Das Berliner Umland ist einerseits noch landwirtschaftlich geprägt und hat andererseits im Vergleich zur Kernstadt einen hohen Beschäftigtenanteil im Bereich der Industrie erreicht. Gleichwohl liegt der Industrialisierungsgrad im Berliner Raum⁷ mit 130 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner (1987) erheblich unter dem Durchschnitt der DDR (190) und dem südlicher DDR-Bezirke (204 bis 260).

Verglichen mit der Entwicklung im Bundesgebiet und in West-Berlin ist der strukturelle Wandel in Ost-Berlin und im Berliner Umland ebenso wie in der DDR nur sehr langsam vorangekommen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Entwicklung politisch gewollt war, denn die in der DDR praktizierte Wirtschaftspolitik hat die sogenannte materielle Produktion begünstigt, während der Dienstleistungssektor vernachlässigt wurde. Der globale Vergleich der Dienstleistungsanteile von Berlin (West) und Berlin (Ost) verdeckt jedoch die strukturellen Defizite des Westteils der Stadt; hier ist der hohe Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor vor allem auf das große Gewicht der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen, während die Dienstleistungen von Banken und Versiche-

⁷ ohne West-Berlin

Tabelle 8

Struktur der Industriebeschäftigten nach Wirtschaftszweigen
in den Jahren 1980 und 1988 im Großraum Berlin

Sypro- Nr.	DDR Nr.	Industriezweig ¹⁾	Berlin (West)		Berlin (Ost)		Umland		Großraum Berlin	
			1980	1988	1980	1988	1980	1988	1980	1988
			in vH							
	25	13 Baumaterialienindustrie	1,5	1,1	—	—	6,2	5,8	2,0	1,8
	10,14	Energie, Wasser und Brennstoffind.	5,3	6,8	7,4	7,2	4,3	4,8	5,9	6,5
	22,40,58,59	11 Chemische Industrie	7,9	10,2	9,0	8,8	5,7	6,1	7,8	8,7
	27,28,3011/15/30	12 Metallurgie	1,3	1,1	1,3	1,3	9,3	9,0	3,1	3,0
	29,3020,31-34,38	15 Maschinen- und Fahrzeugbau	21,8	20,5	28,4	28,4	34,0	36,8	27,0	27,4
	36,37,50	16 Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau	36,7	35,5	38,2	38,1	22,1	19,7	34,0	33,0
	63	18 Textilindustrie	2,0	2,1	9,1	9,4	—	—	4,2	4,6
	68,69	19 Lebensmittelindustrie	11,4	11,6	0,1	0,1	10,6	10,7	7,0	6,8
	53,55,39,51/52	17 Leichtindustrie	11,9	10,2	6,5	6,6	7,8	7,0	9,0	8,0
	54,56,57,62,64,65	Sonstige ²⁾	0,1	0,9	—	—	—	—	0,0	0,3
		Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
			in 1000							
		Nachrichtlich: Beschäftigte insgesamt	202,3	183,8	184,3	199,5	109,7	112,4	496,3	495,7

¹⁾ Aus Gründen der Vergleichbarkeit sind die Ergebnisse für Berlin (West) nach der DDR-Systematik ermittelt worden. — ²⁾ Aus Geheimhaltungsgründen zusammengefaßte Bereiche 22 und 55 für das Jahr 1980, 22,3011,55,3021,34,35,51,65 für das Jahr 1988.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Amt für Statistik der DDR; Berechnungen des DIW.

Deutschlands sind — von einer Ausnahme abgesehen — die Zentralen aller großen Unternehmen, die ihren Sitz in West-Berlin hatten, ins Bundesgebiet verlegt worden. Demgegenüber haben 18 zentralgeleitete Industriekombinate der DDR ihren Sitz in Ost-Berlin genommen. Mit nahezu einer halben Million Arbeitsplätzen im industriellen Bereich (1988) ist der Großraum Berlin auch heute eines der größten industriellen Ballungszentren in Deutschland.

Dominierende Wirtschaftszweige sind die elektrotechnische Industrie mit einem Anteil von einem Drittel an allen Industriebeschäftigten sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau, auf den 27,4 vH entfallen (vgl. Tabelle 8).

Im Berliner Umland ist der Maschinen- und Fahrzeugbau mit einem Beschäftigtenanteil von 36,8 vH (1988) besonders stark vertreten. Wichtige Standorte sind Ludwigsfelde (Automobilbau), Hennigsdorf (Lokomotivbau), Wildau und Eberswalde (Schwermaschinenbau). Im Stadtgebiet hat die elektrotechnische Industrie das größte Gewicht.

Am Beispiel der Elektroindustrie läßt sich der unterschiedliche strukturelle Wandel in beiden Teilen der Stadt besonders deutlich beschreiben. 1939 hatte dieser Wirtschaftszweig in Berlin mehr als 260 000 Beschäftigte, wovon etwa drei Viertel auf den heutigen Westteil der Stadt entfielen. Im Jahre 1988 waren in West-Berlin noch 65 000 Arbeitnehmer — dies ist rd. ein Drittel des Standes von 1939 — in der Elektroindustrie tätig. Hier ist es als Folge der deutschen Teilung und nicht zuletzt des

Strukturwandels also zu einem gravierenden Arbeitsplatzabbau in dieser Branche gekommen. Im Ostteil der Stadt dagegen lag die Beschäftigtenzahl mit 76 000 um 12,4 vH über dem Ergebnis von 1939. Hier haben 5 von 14 zentralgeleiteten Kombinat der DDR, die dem früheren Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik unterstellt waren, ihren Sitz. Bedeutende Standorte in Ost-Berlin sind das Industriegebiet Oberschöneweide in Köpenick, wo das 1897 von der AEG erbaute Kabelwerk Oberspree, das Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, das Werk für Fernsehelektronik und das Werk für Fernmeldewesen angesiedelt sind; ferner die Bezirke Treptow (Elektro-Apparate-Werke „Friedrich Ebert“), Friedrichshain (Sitz des alleinigen Glühlampenherstellers NARVA „Rosa Luxemburg“/früher Osram) und Marzahn (VEB Elektrophjekt und Anlagenbau). Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen in der DDR wird auch im Ostteil der Stadt in dieser Branche mit erheblichen Arbeitsplatzabbau gerechnet werden müssen.

Kurzfristige Gefahren für den Arbeitsmarkt

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion drohen kurzfristig erhebliche Probleme für den Arbeitsmarkt im Großraum Berlin. So ist zu erwarten, daß in den Betrieben Ost-Berlins und des Berliner Umlandes Arbeitskräfte in erheblichem Umfang freigesetzt werden. Ein Teil davon wird — soweit andere (neue) Arbeitsplätze

noch nicht zur Verfügung stehen — auf den West-Berliner Arbeitsmarkt drängen. Der Druck zur Anpassung der in Ost-Berlin und im Umland gezahlten Löhne an das West-Berliner und westdeutsche Niveau wird dadurch wesentlich höher sein als in anderen Regionen der DDR, während gleichzeitig die Lohnerhöhungsspielräume in West-Berlin für eine Übergangsphase kleiner werden.

In welchem Maße der Arbeitsmarkt belastet wird, hängt wesentlich davon ab,

- wie hoch die Zahl der zu erwartenden Betriebsschließungen in Ost-Berlin und im Umland sein wird;
- wieviel Arbeitsplätze im Zuge betrieblicher Konsolidierungsmaßnahmen verlorengehen;
- welche Pendlerbewegungen aufgrund von Lohndifferenzen entstehen;
- wie schnell und wieviel Arbeitsplätze in neugegründeten und in bestehenden Unternehmen geschaffen werden;
- wie schnell und in welchem Umfang arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere zur Qualifizierung für neue Aufgaben, wirksam werden.

Verlässliche Schätzungen zur Höhe der zu erwartenden Arbeitslosigkeit und zur Zahl der kurzfristig neu entstehenden Arbeitsplätze im Großraum Berlin sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer möglich. Unklar ist vor allem, wie lange in der DDR die zu erwartende Umbruchphase bis zu einer ersten Konsolidierung dauern könnte und welche Austauschprozesse zwischen den Teilarbeitsmärkten der Region zu erwarten sind.

Für das Gebiet der DDR insgesamt hat das DIW in einer Modellrechnung die nach einer ersten Phase der Konsolidierung zu erwartenden Beschäftigungsverluste auf 1 Million geschätzt⁸. Dabei ist ein durchschnittlicher Rückgang der Beschäftigung gegenüber 1989 um 9 vH angenommen worden. Legt man diese Schätzung für Ost-Berlin und die Umlandkreise unter Berücksichtigung ihrer strukturellen Besonderheiten zugrunde, so sind bei einer Beschäftigtenzahl von 1,1 Mill. Personen (ohne X-Bereich, 1989) nach einer ersten Konsolidierungsphase Freisetzen von 90 000 bis 100 000 Arbeitskräften zu erwarten. Im X-Bereich, der in Ost-Berlin nach Schätzungen rd. 120 000 Beschäftigte umfaßt, dürfte die Beschäftigung um mindestens 50 vH zurückgehen. Insgesamt würde sich nach dieser Rechnung für Ost-Berlin und das Umland ein Beschäftigungsverlust von rund 150 000 Personen ergeben.

Als Sitz zahlreicher Kombinate wird Ost-Berlin allerdings überproportional betroffen sein. So herrschte bisher nicht nur in den staatlichen Verwaltungen, sondern auch in den Spitzen der Kombinate generell Überbeschäftigung. Im Zuge der Auflösung der Kombinatstruktur werden deshalb die Arbeitskräftefreisetzungen in Berlin besonders umfangreich sein.

Auch der Abbau und die Auflösung der Leitungen bestimmter gesellschaftlicher Organisationen und Regie-

rungsdienststellen (vor allem im Sicherheitsbereich) wird in Ost-Berlin besonders zu Buche schlagen.

Dagegen sind die entlastenden Faktoren für Ost-Berlin weniger relevant. Zwar werden im Dienstleistungssektor ebenso wie in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung und im Handel aufgrund des strukturbedingten Nachholbedarfs zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen, die einen Teil des in anderen Bereichen zu erwartenden Beschäftigungsabbaus kompensieren können. Allerdings sind die für das Gebiet der DDR entwickelten Modellrechnungen für den Berliner Raum nur bedingt übertragbar, da in Ost-Berlin einige der als besonders wachstumssträftig geltenden Sektoren wie z. B. der Handel bereits deutlich stärker vertreten sind.

Nimmt man diese Faktoren zusammen, so könnte — insbesondere in der Umbruchphase, die ein bis zwei Jahre dauern dürfte — die für das Gebiet Ost-Berlins und der neun angrenzenden Stadt- und Landkreise zu erwartende Arbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres ein Niveau von gut 200 000 Personen erreichen. Auch unter Berücksichtigung der für West-Berlin aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung anzunehmenden Beschäftigungszunahme muß für den Großraum Berlin deshalb kurzfristig mit ca. 300 000 Arbeitslosen gerechnet werden.

Längerfristige Perspektiven

Unter der Annahme einer baldigen Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einem politisch stabilen Europa erhält die Region Berlin eine neue Bedeutung im Rahmen der Standortentscheidungen nationaler und internationaler Unternehmen. So ist damit zu rechnen, daß mit der erwarteten Hauptstadt- oder Metropolenfunktion die charakteristischen Strukturdefizite West-Berlins nach und nach verschwinden und der Standort Berlin vor allem für Dienstleistungsunternehmen eine neue Attraktivität erfährt. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Absichtserklärung der Firma Daimler-Benz, in Berlin den neuen Unternehmensbereich „Dienstleistungen“ anzusiedeln, erhebliche Impulse für die Standortwünsche anderer Unternehmen gibt. Da der Westteil der Stadt wegen der intakten Infrastruktur bis auf weiteres noch Standortvorteile gegenüber Ost-Berlin und dem Berliner Umland hat, wird sich die Nachfrage nach Flächen und Gewerberäumen für Dienstleistungszwecke zunächst auf West-Berlin konzentrieren.

Durch das Zusammenwachsen der bisher getrennten Stadtteile Berlin (West) und Berlin (Ost) werden sich auch neue soziale und wirtschaftliche Verflechtungen entwickeln. Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und der Angleichung der Rechtssysteme

⁸ Vgl. Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb.: Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1990.

in beiden deutschen Staaten wird der Großraum Berlin vermutlich eine Entwicklung nachholen, die sich in westdeutschen und westeuropäischen Ballungsräumen als Suburbanisierungsprozeß in den letzten 30 Jahren schon vollzogen hat:

- Die Nachfrage nach Büroflächen im Kern der Agglomeration und in städtebaulich attraktiven Gebieten steigt. Eine zunehmende Nutzungskonkurrenz um knappe Flächen führt zu steigenden Bodenpreisen und zur Verdrängung wenig rentabler Wohnnutzung durch rentablere Gewerbenutzung, von Industrie und Handwerk durch Dienstleistungen.
- Mit der „Erschließung des Umlandes“ wird die Kern-Rand-Wanderung von Industrie und Gewerbe, die sich bisher innerhalb des Berliner Stadtgebietes vollzog, auch die benachbarten Städte und Gemeinden erfassen. Betriebe des produzierenden Gewerbes werden dabei mehr und mehr an den Rand des Ballungsraumes verlagert; dadurch werden Flächen im Kerngebiet für Dienstleistungsunternehmen mit hoher Flächenproduktivität verfügbar. Neue Industrieansiedlungen werden sich auf das Umland konzentrieren.
- Einkommensstarke Bevölkerungsgruppen werden ins Umland abwandern, sobald dort die Voraussetzungen für den Erwerb von Eigentum in attraktiven Einfamilienhausgebieten bestehen. Insbesondere der Potsdamer Raum wird in den nächsten Jahren zu einer „ersten Adresse“ werden.
- Mit wachsender wirtschaftlicher Dynamik ist in der Kernstadt eine zunehmende soziale und räumliche Segregation zu erwarten. Städtebauliche Quartiere, die aufgrund der Teilung bisher eine Randposition innehatten (z. B. Kreuzberg, Prenzlauer Berg), erhalten eine neue Attraktivität für gewerbliche Nutzung (Dienstleister) und für Wohnnutzung. Für sozial schwache Bevölkerungsgruppen in diesen Gebieten besteht die Gefahr, daß sie aus ihren angestammten Wohnquartieren verdrängt werden.
- Insgesamt muß mit einer stärkeren räumlichen Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten, mit einer erheblichen Zunahme der im Berliner Raum bisher schwach ausgeprägten Pendlerverflechtungen zwischen Kernstadt und Umland, einer Steigerung des Verkehrsaufkommens und damit auch der Umweltbelastung gerechnet werden.
- Aufgrund des bereits erreichten hohen Verdichtungsgrades und der knappen Flächenressourcen in West-Berlin wird ein Großteil der zu erwartenden Nachfrage nach gewerblichen Standorten und nach Wohnungen nur im Ostteil der Stadt und im Umland befriedigt werden können.

Erste Tendenzen der skizzierten Entwicklung sind — obwohl die entsprechenden Rahmenbedingungen erst in Ansätzen vorhanden sind — bereits zu beobachten. So liegen schon eine Vielzahl von Standortwünschen westli-

Tabelle 9
Räumliche Verteilung des Bevölkerungswachstums
im Hamburger Umland (nördlich der Elbe)¹⁾

	06.06.61 bis 27.05.70	27.05.70 bis 31.12.80	31.12.80 bis 31.12.86
Bevölkerungszuwachs, Personen	107 274	97 654	19 436
Verteilung nach Entfernungszonen, vH			
10-20 km	59,4	44,4	34,2
20-30 km	26,4	38,2	48,0
30-40 km	14,2	17,4	17,8
Verteilung nach Planungsräumen, vH			
— Aufbauachsen	73,4	61,7	61,0
— Achsenzwischenräume	5,1	17,5	19,0
— Besondere Wirtschafts- räume	19,8	17,3	15,4
— Sonstige Gebiete	1,7	3,5	4,6

¹⁾ Schleswig-Holsteinische Landkreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hzt. Lauenburg.
Quellen: Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg; Hans Heuer und Christa Knopf, Regionalplanung im Hamburger Umland, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 15. Jg. (1976), S. 224 ff; Berechnungen des DIW.

cher Investoren bei den Städten und Gemeinden des Umlandes vor. Mit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung und der Stärkung der kommunalen Finanzhoheit ist für das Gebiet der DDR mit einem „Bürgermeisterwettbewerb“ um zahlungskräftige Einwohner und Betriebe zu rechnen. Da es bisher an regionalplanerischen Steuerungsinstrumenten fehlt, könnte im Umland schon bald ein Siedlungsprozeß einsetzen, der sich nicht nur entlang den vorhandenen Verkehrsachsen vollzieht, sondern — nach den Erfahrungen in westdeutschen Ballungsräumen — auch auf die sogenannten Achsenzwischenräume erstreckt. Eine Vorstellung über die räumliche Verteilung des möglichen Bevölkerungszuwachses vermittelt das Beispiel der Region Hamburg. Hier hat sich die Zunahme zunächst deutlich auf die unmittelbar an Hamburg angrenzenden Gemeinden (im 20 km-Radius) konzentriert. Später hat sie sich von den Aufbauachsen in die Achsenzwischenräume verlagert, die nach dem Willen des Gemeinsamen Landesplanungsrates Hamburg/Schleswig-Holstein von Besiedlung eigentlich hätten freigehalten werden sollen (vgl. Tabelle 9).

Die Standortwünsche westlicher Investoren im Umland von Berlin konzentrieren sich gegenwärtig auf den Potsdamer Raum. Längerfristig wird vor allem der Süden des Großraums Berlin gefragt sein, sofern die Pläne von Luft-hansa und Interflug für den Bau eines Großflughafens

„Berlin International“ dort realisiert werden. Denn aus logistischen Gründen werden Standorte in Flughafennähe bevorzugt werden. Darüber hinaus dürfte die Nähe zum Berliner Autobahnring Vorteile bieten. Deshalb ist für die nächsten 10 bis 15 Jahre mit einer Tendenz der flächenhaften Ausbreitung gewerblicher Standorte innerhalb des Berliner Autobahnringes zu rechnen — mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung im Süden Berlins.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung „weicher“ Standortfaktoren kommt der regionalen Forschungsinfrastruktur erhebliche Bedeutung für die Standortplanung moderner Unternehmen zu. Hier hat die Region Berlin Vorteile gegenüber konkurrierenden Standorten aufzuweisen. So ist mehr als ein Fünftel des Forschungspotentials der DDR in Berlin (Ost) konzentriert. Die Forschungslandschaft West-Berlins wird durch zwei große Universitäten, mehr als 100 000 Studenten sowie etwa 180 Forschungsinstitute mit 40 000 Beschäftigten geprägt. Dieser Standortvorteil hat sich in der Vergangenheit nicht entscheidend auswirken können. Dies wird sich in der Zukunft voraussichtlich ändern.

Aufgrund der veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ist für das nächste Jahrzehnt in der Region Berlin mit einem ökonomischen und demographischen Wachstumsprozeß zu rechnen, dessen quantitative Dimensionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum verläßlich geschätzt werden können. So wird insbesondere das Bevölkerungswachstum aufgrund von Zuwanderungen aus anderen Regionen der DDR und aus dem Bundesgebiet maßgeblich von der künftigen wirtschaftlichen Dynamik abhängen. Angesichts des hohen Verdichtungsgrades der Kernstadt darf man davon ausgehen, daß sich der größte Teil des Bevölkerungszuwachses auf das Berliner Umland konzentrieren wird. Insgesamt dürften denkbare Szenarien über die künftige Bevölkerungsentwicklung im Großraum Berlin aber neben der zu erwartenden wirtschaftlichen Dynamik vor allem von den Annahmen über das Ausmaß der politisch und ökonomisch motivierten Zuwanderung aus dem osteuropäischen Raum bestimmt sein.

Fazit

Unter der Annahme einer künftigen Hauptstadt- oder Metropolenfunktion wird sich Berlin mehr und mehr zu einem Handels- und Dienstleistungszentrum entwickeln. Dabei kann es zu Verdrängungsprozessen zwischen unterschiedlichen Nutzungen vor allem im Stadtkern und in städtebaulich attraktiven Lagen kommen. Dies führt nach den Erfahrungen westdeutscher Ballungsräume teilweise

zu unerwünschten sozialen und städtebaulichen Begleiterscheinungen und bedarf deshalb der politischen Steuerung durch Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts-, Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Industrieansiedlungen und ein zu erwartender Bevölkerungszuwachs werden sich vor allem auf das Berliner Umland konzentrieren. Auch hier besteht in hohem Maße politischer Steuerungsbedarf, um der drohenden Zersiedlung der Landschaft zu begegnen. Deshalb sollte so bald wie möglich ein Regional- oder Zweckverband „Großraum Berlin“ mit Planungs- und Vollzugskompetenzen für die Flächennutzungs- und Standortplanung geschaffen werden.

Auf kurze und mittlere Sicht ist mit einem erheblichen Verlust von Arbeitsplätzen vor allem in der Industrie der DDR zu rechnen. Dabei könnte sich der gegenüber den südlichen DDR-Bezirken vergleichsweise niedrige Industrialisierungsgrad für den Berliner Raum als Vorteil erweisen. Nachteilig ist dagegen die starke Dominanz der elektrotechnischen Industrie in Ost-Berlin und im Umland, deren veraltete Produktionstechnik und Produktpalette hinter westlichen Standards deutlich zurückbleiben.

Der Großraum Berlin verfügt über eine bedeutende Forschungsinfrastruktur, die sich für die Zukunft als erheblicher Standortvorteil im interregionalen Wettbewerb herausstellen könnte. Angesichts der gegenwärtig zu beobachtenden Erosionserscheinungen in der Forschungslandschaft der DDR käme es darauf an, das in Ost-Berlin vorhandene Forschungspotential für die Entwicklung des Großraumes Berlin nutzbar zu machen.

Wirtschaftspolitik im Großraum Berlin muß in den kommenden Jahren zunehmend zu einer Politik der Standortplanung und der Steuerung der Flächennutzung werden. Deshalb kommt es darauf an, für diese Aufgabe die konzeptionellen und instrumentellen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört auch die Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes, das die Grundlinien städtebaulicher, regionalplanerischer und wirtschaftspolitischer Zukunftsperspektiven miteinander verbindet und Grundlage einer abgestimmten Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik ist.

Das Zusammenwachsen unterschiedlicher Teilräume mit unterschiedlichen Wohlstandsniveaus zu einem gemeinsamen funktionsfähigen Wirtschaftsraum erfordert umfangreiche Infrastrukturinvestitionen. Der damit schon kurzfristig zu erwartenden finanziellen Belastung der öffentlichen Haushalte wird indessen erst längerfristig eine ausreichende Steuer- und Finanzkraft der Städte und Gemeinden im Großraum Berlin gegenüberstehen.

Das Einkommen sozialer Haushaltsguppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988

Nach mehrjähriger Unterbrechung¹ nimmt das DIW die detaillierte Berichterstattung über die Einkommenslage der privaten Haushalte nach sozialen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland wieder auf. Dieser Bericht bringt eine Aktualisierung und eine Erweiterung früherer Berechnungen: Erstmals wird eine Gliederung der Arbeitslosen-Haushalte nach der Einkommenshöhe vorgenommen.

Rahmendaten der hier vorgelegten Berechnungen sind die Einkommens- und Transferaggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik. Hilfreich waren Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der VGR zur Einkommensverteilung nach Haushaltsguppen². Die jüngste amtliche Veröffentlichung zu diesem Thema³ — sie bezieht die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 noch nicht ein — konnte hier leider nicht berücksichtigt werden, da sie erst nach Abschluß der DIW-Berechnungen zur Einkommensschichtung für 1988 vorlag.

Strukturdaten zur Einkommensverteilung und -umverteilung wurden den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) entnommen. Aus der jüngsten EVS von 1988 gibt es allerdings erst Informationen über die Selbsteinstufung der Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen. Weil dabei erfahrungsgemäß zu niedrige Einkommen genannt werden⁴, berechnet das Statistische Bundesamt aus den Ergebnissen der EVS-Feinanschriften eine „bereinigte“ Einkommensschichtung; diese liegt für 1988 noch nicht vor. Deshalb wurden hier die vom Statistischen Bundesamt bereinigten Ergebnisse der EVS von 1983⁵ herangezogen und fortgeschrieben. Insoweit beruhen die hier vorgelegten Resultate auf empirischen Modellrechnungen, die überprüft werden müssen, sobald neue Daten aus der EVS vorliegen.

Bevölkerung und Privathaushalte

In einer makroökonomisch orientierten Verteilungsrechnung sind differenzierte Aussagen nur möglich, wenn zwischen Einkommens- und Transferaggregaten auf der einen sowie zwischen Einwohnerzahl und sozialen Haushaltsguppen auf der anderen Seite ein Bezug hergestellt wird.

In der Bundesrepublik Deutschland lebten 1988 reichlich 61 Mill. Personen; gegenüber 1987 hat sich die Einwohnerzahl nicht unbeträchtlich erhöht. Zwar fiel trotz gestiegener Geburtenzahl der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung⁶ erneut negativ aus, aber die Zuzüge ins Bundesgebiet waren 1988 um fast die Hälfte

höher als ein Jahr zuvor. Von erheblicher Bedeutung waren hier Aussiedler aus osteuropäischen Staaten, die im Bundesgebiet Aufnahme fanden⁷.

Die Zahl der Privathaushalte belief sich in der Bundesrepublik Deutschland 1988 auf rund 26 Mill. Es waren zur Hälfte Haushalte von Arbeitnehmern und zu zwei Fünfteln Haushalte von Nichterwerbstätigen; Selbständigen-Haushalte hatten einen vergleichsweise geringen Anteil von 7 vH. Rund ein Drittel der Haushalte bestand aus alleinlebenden Personen; in drei Fünfteln der Mehrpersonenhaushalte gab es neben dem Haushaltsvorstand einen weiteren Einkommensbezieher.

Einkommensverteilung der privaten Haushalte nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug im Berichtsjahr 905 Mrd. DM; gegenüber 1987 nahm sie um 3,9 vH zu. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne die in der VGR für die Beamtenversorgung und für Betriebsrenten unterstellten Sozialbeiträge) erhöhten sich um 4,6 vH auf 161 Mrd. DM.

¹ Bis 1986 hat das DIW jährlich über die Einkommensverteilung und -schichtung nach Haushaltsguppen berichtet. Vgl. zuletzt: Das Einkommen sozialer Haushaltsguppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1986, S. 658 ff.

² Vgl. Klaus Schüler: Einkommensverteilung nach Haushaltsguppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1983. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1984, S. 561 ff. und S. 271* ff. — Derselbe: Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsguppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1987, S. 361 ff. und S. 186* ff.

³ Klaus Schüler und Mitarbeiter: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsguppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990, S. 182 ff. und S. 126* ff.

⁴ Vgl. Manfred Euler: Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1983, S. 813 ff.

⁵ Vgl. Manfred Euler: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1983 nach Haushaltsguppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1987, S. 579 ff.

⁶ Vgl. Helmut Proebsting: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1989, S. 590 ff.

⁷ Vgl. Henning Fleischer/Helmut Proebsting: Aussiedler und Übersiedler — Zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1989, S. 582 ff.

Tabelle 1

Zahl der Privathaushalte 1988
in 1000

Haushalts- größe in Personen	Haushalte von								Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeits- losen ¹⁾	Rentnern ²⁾	Pensionären	
Haushalte mit einem Einkommensbezieher									
1	21	262	1 655	319	1 154	313	4 877	476	9 077
2	19	171	765	252	671	78	1 606	231	3 793
3	23	131	542	198	538	44	250	21	1 747
4	22	100	361	172	331	23	74	4	1 087
5 oder mehr	20	26	74	44	98	12	24	0	298
Zusammen	105	690	3 397	985	2 792	470	6 831	732	16 002
Haushalte mit mehreren Einkommensbeziehern									
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	26	235	726	160	799	108	1 858	127	4 039
3	44	236	686	174	890	79	597	42	2 748
4	58	252	619	209	775	57	231	14	2 215
5 oder mehr	107	124	210	94	452	46	143	7	1 183
Zusammen	235	847	2 241	637	2 916	290	2 829	190	10 185
Privathaushalte insgesamt									
1	21	262	1 655	319	1 154	313	4 877	476	9 077
2	45	406	1 491	412	1 470	186	3 464	358	7 832
3	67	367	1 228	372	1 428	123	847	63	4 495
4	80	352	980	381	1 106	80	305	18	3 302
5 oder mehr	127	150	284	138	550	58	167	7	1 481
Zusammen	340	1 537	5 638	1 622	5 708	760	9 660	922	26 187

1) Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. — 2) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Die entnommenen Gewinne der privaten Haushalte (vor Steuerabzug) stiegen 1988 auf 363 Mrd. DM (+4,3 vH). Aus ihrem Geldvermögensbesitz — im Durchschnitt des Berichtsjahres 2,5 Bill. DM, von denen 2,2 Bill. DM ertragbringend angelegt waren⁸ — erzielten die privaten Haushalte 1988 Zinsen und Dividenden in Höhe von 112 Mrd. DM (+3,6 vH); das waren 7 vH ihrer primären Einkommen.

Empfangene laufende Übertragungen

Soziale Leistungen flossen den privaten Haushalten 1988 in Höhe von 348 Mrd. DM (+ 4,6 vH) zu. Mehr als die Hälfte dieser Leistungen sind Renten (einschließlich Leistungen der öffentlichen Zusatzversorgung und der landwirtschaftlichen Alterskassen); nach Abzug der von den Rentnern getragenen Eigenbeiträge zur Krankenversicherung hat sich die Summe der verfügbaren Renten gegenüber 1987 um 4,9 vH erhöht. Die Summe der öffentlichen Pensionen stieg vergleichsweise wenig, denn die Zahl der Beamtenpensionäre war wiederum rückläufig⁹.

Leistungsverbesserungen in der Arbeitslosenversicherung hatten zur Folge, daß die Zahlungen von Arbeitslosengeld 1988 kräftig zunahmen (+16,4 vH); dagegen gingen die Zahlungen von Arbeitslosenhilfe beträchtlich zurück (−6,7 vH). Stark gestiegen sind im Berichtsjahr die Geldleistungen der Sozialhilfe (+11,2 vH), obwohl die Regelsätze der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt lediglich um 2,2 vH erhöht wurden. Während die Kindergeldsumme leicht abnahm (−0,3 vH), gab es beim Erziehungsgeld im Berichtsjahr erneut eine Zunahme (+6,4 vH).

⁸ Vgl. Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das Jahr 1988. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1989, S. 12 ff. und S. 37 ff.

⁹ Vgl. Werner Breidenstein: Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1989. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1989, S. 377 ff.

Geleistete laufende Übertragungen

Die von den privaten Haushalten gezahlten direkten Steuern summierten sich 1988 auf 215 Mrd. DM. Infolge der Entlastung durch die zweite Stufe der Steuerreform war das Lohnsteueraufkommen nur um 1,9 vH höher als 1987. Eine noch geringere Zunahme ergibt sich, wenn man die Steuersumme um die nach § 46 EStG erstatteten Beträge „überzahlter“ Lohnsteuer an veranlagte Lohnsteuerepflichtige (1988: 18 Mrd. DM), die in der Statistik vom Kassenaufkommen der Einkommensteuer abgesetzt werden, bereinigt. An veranlagter Einkommensteuer (einschließlich der genannten Erstattungsbeträge) nahm der Staat im Berichtsjahr deutlich mehr (+8,4 vH) ein als 1987.

Die Sozialbeiträge der privaten Haushalte (ohne die erwähnten fiktiven Beiträge für die Beamtenversorgung und für Betriebsrenten sowie die vom Staat getragenen Beiträge für Empfänger sozialer Leistungen) summierten sich 1988 auf 326 Mrd. DM (+4,7 vH). Die vom Einkommen aus unselbständiger Arbeit geleisteten Sozial-

beiträge sind um 4,8 vH und damit stärker als die Brutto Lohn- und -gehaltssumme gestiegen. Hier wirkte sich die alljährliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung aus; einzelne Krankenkassen erhöhten zudem ihren Beitragssatz.

Am Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit hatten die gesamten Sozialbeiträge 1988 einen Anteil von 28 vH. Die Einkommensabzüge insgesamt — Lohnsteuer (einschließlich der Erstattungen nach § 46 EStG) und Sozialbeiträge — machten im Berichtsjahr 45 vH der Arbeitnehmerinkommen aus.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrug 1988 rund 1 323 Mrd. DM und war um 4,3 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Nettolohn- und -gehaltssumme expandierte mit 4,2 vH stärker als 1987; der Anstieg der ent-

Tabelle 2

Einkommensverteilung und -umverteilung nach sozialen Haushaltsgruppen¹⁾ 1988 in Mrd. DM

	Haushalte von								Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeits- losen ²⁾	Rentnern ³⁾	Pensionären	
Bruttoerwerbs- und -vermögens- einkommen									
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁴⁾	6,1	25,1	468,3	111,9	386,0	6,1	45,6	5,5	1 054,6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit ⁵⁾	15,8	281,4	14,2	4,0	13,1	1,5	31,3	2,7	363,9
Vermögenseinkommen	2,1	21,0	22,7	5,9	13,8	0,8	37,9	3,9	108,0
+ Empfangene laufende Übertragungen									
Renten ⁶⁾ und öffentliche Pensionen	0,8	2,8	4,0	0,8	4,8	0,6	177,0	32,9	233,7
Arbeitslosenversicherung ⁶⁾ , Arbeits- losenhilfe ⁶⁾ und Sozialhilfe	0,2	0,2	4,0	0,4	8,0	13,9	12,0	0,5	39,2
Gesetzliches Kindergeld	0,6	1,3	3,6	1,5	5,0	0,4	0,8	0,1	13,4
Sonstige laufende Übertragungen ^{6), 7)}	2,5	18,8	18,3	9,5	10,6	1,6	54,4	8,0	123,7
– Geleistete laufende Übertragungen									
Direkte Steuern	1,7	57,4	72,2	19,6	49,5	0,7	8,7	4,9	214,6
Sozialbeiträge zur									
Rentenversicherung ⁶⁾	1,6	7,9	70,3	5,6	61,4	1,1	10,1	0,7	158,6
gesetzlichen Krankenversicherung ⁶⁾	1,4	7,6	54,1	3,4	39,8	0,8	14,0	0,7	110,7
Arbeitslosenversicherung ⁶⁾	0,4	1,7	15,3	0,5	13,6	0,2	2,2	0,2	34,1
Sonstige Sozialbeiträge ⁶⁾	0,5	2,6	6,8	0,7	7,9	0,2	1,5	0,1	20,3
Sonstige laufende Übertragungen ^{7), 8)}	3,5	22,2	32,1	11,3	31,1	1,9	17,8	3,3	123,4
= Verfügbares Einkommen	19,0	251,2	295,3	93,0	238,0	19,9	304,7	43,6	1 264,7

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. — ³⁾ Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben. — ⁴⁾ Ohne unterstellte Sozialbeiträge. — ⁵⁾ Einschließlich Einkommen aus Wohnungsvermietung, ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — ⁶⁾ Ohne Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. — ⁷⁾ Einschließlich Übertragungen zwischen Privathaushalten sowie zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁸⁾ Einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 3

Einkommenschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung

Monatliches Haushalts- einkommen von ... bis unter ... DM	Schichtung nach der Höhe des Bruttoerwerbs ¹⁾ und -vermögenseinkommens			Empfangene ^{2) 3)} laufende Übertragungen		Geleistete ^{2) 4)} Übertragungen		Transfer- saldo		Schichtung nach der Höhe des verfügbaren Einkommens		
	Zahl d. Haushalte	Einkommen								Zahl der Haushalte	Einkommen	
	in 1000	in vH	Mill. DM	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	in 1000	in vH	Mill. DM
Haushalte von Selbständigen in der Landwirtschaft												
unter 1 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
1 000 ... 2 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4	1,2	79
2 000 ... 3 000	29	8,5	932	142	15,2	268	28,8	-126	-13,5	56	16,5	1 723
3 000 ... 4 000	61	17,9	2 544	430	16,9	748	29,4	-318	-12,5	75	22,1	3 189
4 000 ... 5 000	43	12,6	2 355	461	19,6	832	35,3	-371	-15,8	71	20,9	3 838
5 000 ... 6 000	54	15,9	3 588	713	19,9	1 323	36,9	-610	-17,0	63	18,5	4 124
6 000 ... 7 000	53	15,6	4 124	817	19,8	1 588	38,5	-771	-18,7	41	12,1	3 157
7 000 ... 8 000	42	12,4	3 755	670	17,8	1 502	40,0	-832	-22,2	16	4,7	1 422
8 000 ... 9 000	30	8,8	3 036	482	15,9	1 261	41,5	-779	-25,7	8	2,4	805
9 000 ... 10 000	15	4,4	1 696	247	14,6	726	42,8	-479	-28,2	5	1,5	561
10 000 ... 15 000	11	3,2	1 546	182	11,8	684	44,2	-502	-32,5	1	0,3	136
15 000 ... 20 000	2	0,6	404	31	7,7	186	46,0	-155	-38,4	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	340	100,0	23 980	44 175	17,4	9 118	38,0	-4 943	-20,6	340	100,0	19 034
Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft												
unter 1 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
1 000 ... 2 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
2 000 ... 3 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
3 000 ... 4 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2	0,1	94
4 000 ... 5 000	1	0,1	56	7	12,5	13	23,2	-6	-10,7	22	1,4	1 227
5 000 ... 6 000	7	0,5	475	49	10,3	117	24,6	-68	-14,3	43	2,8	2 890
6 000 ... 7 000	21	1,4	1 669	168	10,1	418	25,0	-250	-15,0	77	5,0	6 065
7 000 ... 8 000	42	2,7	3 825	380	9,9	973	25,4	-593	-15,5	135	8,8	12 242
8 000 ... 9 000	66	4,3	6 773	682	10,1	1 772	26,2	-1 090	-16,1	171	11,1	17 466
9 000 ... 10 000	98	6,4	11 205	1 246	11,1	3 012	26,9	-1 766	-15,8	175	11,4	19 937
10 000 ... 15 000	423	27,5	63 101	6 513	10,3	17 792	28,2	-11 279	-17,9	359	23,4	53 030
15 000 ... 20 000	368	23,9	75 574	5 905	7,8	22 581	29,9	-16 676	-22,1	277	18,0	56 620
20 000 ... 25 000	295	19,2	76 995	4 767	6,2	24 003	31,2	-19 236	-25,0	165	10,7	43 065
25 000 oder mehr	216	14,1	87 737	3 453	3,9	28 728	32,7	-25 275	-28,8	111	7,2	38 535
Zusammen	1 537	100,0	327 410	23 170	7,1	99 409	30,4	-76 239	-23,3	1 537	100,0	251 171

Anmerkungen in der letzten Folge der Tabelle 3.

nommenen Gewinne und Vermögenseinkommen blieb nur wenig darunter (+4,0 vH). Stärker als die primären Einkommen sind 1988 erneut die von den privaten Haushalten empfangenen Transfers (+4,6 vH) gestiegen.

In „realer“ Rechnung ergibt sich für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Berichtsjahr eine Zunahme von 3,1 vH. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war 1988 um 1,2 vH höher als 1987.

**Einkommensverteilung und -umverteilung
in sozialer Gruppierung**

Um die Einkommenslage sozialer Haushaltsgruppen auf der Basis der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschreiben zu können, sind einige Umstellungen notwendig:

- Die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die im Kontensystem der VGR zusammengefaßt sind, müssen getrennt werden,

noch: Tabelle 3

Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung

Monatliches Haushalts- einkommen von ... bis unter ... DM	Schichtung nach der Höhe des Bruttoerwerbs ¹⁾ und -vermögenseinkommens Zahl d. Haushalte			Empfangene ²⁾ 3) laufende Übertragungen		Geleistete ²⁾ 4) Übertragungen		Transfer- saldo		Schichtung nach der Höhe des verfügbaren Einkommens Zahl der Haushalte		
	in 1000	in vH	Mill. DM	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	in 1000	in vH	Mill. DM
Angestellten-Haushalte												
unter 1 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
1 000 ... 2 000	5	0,1	99	18	18,2	40	40,4	-22	-22,2	92	1,6	1 822
2 000 ... 3 000	153	2,7	4 950	557	11,3	2 048	41,4	-1 491	-30,1	1 011	17,9	3 141
3 000 ... 4 000	489	8,7	21 000	1 934	9,2	9 136	43,5	-7 202	-34,3	1 985	35,2	83 875
4 000 ... 5 000	728	12,9	39 893	3 339	8,4	18 227	45,7	-14 888	-37,3	973	17,3	52 308
5 000 ... 6 000	857	15,2	56 851	4 306	7,6	26 848	47,2	-22 542	-39,7	650	11,5	42 566
6 000 ... 7 000	860	15,3	67 148	4 660	6,9	32 130	47,8	-27 470	-40,9	419	7,4	32 365
7 000 ... 8 000	750	13,3	67 392	4 316	6,4	32 254	47,9	-27 938	-41,5	260	4,6	23 139
8 000 ... 9 000	586	10,4	59 600	3 579	6,0	28 480	47,8	-24 901	-41,8	148	2,6	14 916
9 000 ... 10 000	420	7,4	47 688	2 570	5,4	23 002	48,2	-20 432	-42,8	64	1,1	7 203
10 000 ... 15 000	439	7,8	63 739	2 575	4,0	30 847	48,4	-28 272	-44,4	31	0,5	4 518
15 000 ... 20 000	256	4,5	51 456	1 544	3,0	24 620	47,8	-23 076	-44,8	5	0,1	987
20 000 ... 25 000	95	1,7	25 304	562	2,2	12 110	47,9	-11 548	-45,6	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	5 638	100,0	505 120	29 960	5,9	239 742	47,5	-209 782	-41,5	5 638	100,0	295 340
Beamten-Haushalte												
unter 1 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
1 000 ... 2 000	12	0,7	238	58	24,4	31	13,0	+ 27	+11,3	10	0,6	198
2 000 ... 3 000	123	7,6	3 890	623	16,0	643	16,5	- 20	- 0,5	201	12,4	6 365
3 000 ... 4 000	260	16,0	11 077	1 479	13,4	2 369	21,4	-890	- 8,0	454	28,0	19 267
4 000 ... 5 000	245	15,1	13 287	1 711	12,9	3 479	26,2	-1 768	-13,3	343	21,1	18 464
5 000 ... 6 000	251	15,5	16 569	1 962	11,8	5 010	30,2	-3 048	-18,4	260	16,0	17 026
6 000 ... 7 000	224	13,8	17 408	1 883	10,8	5 747	33,0	-3 864	-22,2	160	9,9	12 349
7 000 ... 8 000	174	10,7	15 583	1 509	9,7	5 515	35,4	-4 006	-25,7	93	5,7	8 264
8 000 ... 9 000	121	7,5	12 269	1 059	8,6	4 612	37,6	-3 553	-29,0	56	3,5	5 631
9 000 ... 10 000	82	5,1	9 285	716	7,7	3 655	39,4	-2 939	-31,7	31	1,9	3 484
10 000 ... 15 000	82	5,1	11 743	692	5,9	4 967	42,3	-4 275	-36,4	14	0,9	1 939
15 000 ... 20 000	35	2,2	7 093	332	4,7	3 323	46,8	-2 991	-42,2	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	13	0,8	3 448	140	4,1	1 714	49,7	-1 574	-45,6	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	1 622	100,0	121 890	12 164	10,0	41 065	33,7	-28 901	-23,7	1 622	100,0	92 987
Anmerkungen in der letzten Folge der Tabelle 3.												

- die in Anstalten lebenden Personen sind aus dem Bereich der Privathaushalte auszugliedern,
- Einkommensströme zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen müssen berücksichtigt werden.

Statistisch belegt sind von diesen Strömen die Kirchensteuer und ähnliche Abgaben der privaten Haushalte (1988: 13 Mrd. DM) sowie Beiträge und Spenden an politische Parteien (1988: 0,3 Mrd. DM). Unterhalts-, Alimenten- und andere Unterstützungszahlungen wurden unter Ver-

wendung früherer Berechnungen des Statistischen Bundesamtes¹⁰ für das Berichtsjahr auf 16 Mrd. DM geschätzt.

Selbständigen-Haushalte

In diesem Bericht wird (wie in der EVS) nach Haushalten von Landwirten und Selbständigen-Haushalten außerhalb der Landwirtschaft unterschieden; für eine weitere Differenzierung fehlt die statistische Grundlage.

¹⁰ Vgl. Klaus Schüler: Einkommensverteilung..., a.a.O.

noch: Tabelle 3

Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung

Monatliches Haushalts- einkommen von ... bis unter ... DM	Schichtung nach der Höhe des Bruttoerwerbs ¹⁾ und -vermögenseinkommens			Empfangene ^{2) 3)} laufende Übertragungen		Geleistete ^{2) 4)}		Transfer- saldo		Schichtung nach der Höhe des verfügbaren Einkommens		
	Zahl d. Haushalte		Einkommen							Zahl der Haushalte		Einkommen
	in 1000	in vH	Mill. DM	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	in 1000	in vH	Mill. DM
Arbeiter-Haushalte												
unter 1 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
1 000 ... 2 000	50	0,9	991	211	21,3	399	40,3	- 188	-19,0	392	6,9	7 762
2 000 ... 3 000	380	6,7	12 060	1 498	12,4	5 147	42,7	-3 649	-30,3	2 209	38,7	67 530
3 000 ... 4 000	1 000	17,5	42 633	4 146	9,7	19 283	45,2	-15 137	-35,5	1 816	31,8	74 954
4 000 ... 5 000	1 047	18,3	56 591	5 224	9,2	26 682	47,1	-21 458	-37,9	505	8,8	27 086
5 000 ... 6 000	963	16,9	63 415	5 163	8,1	30 935	48,8	-25 772	-40,6	351	6,1	22 937
6 000 ... 7 000	711	12,5	55 229	3 884	7,0	27 534	49,9	-23 650	-42,8	222	3,9	17 104
7 000 ... 8 000	520	9,1	46 551	2 792	6,0	23 435	50,3	-20 643	-44,3	122	2,1	10 827
8 000 ... 9 000	378	6,6	38 324	2 017	5,3	19 430	50,7	-17 413	-45,4	56	1,0	5 636
9 000 ... 10 000	266	4,7	30 120	1 412	4,7	15 533	51,6	-14 121	-46,9	26	0,5	2 921
10 000 ... 15 000	239	4,2	34 341	1 177	3,4	17 979	52,4	-16 802	-48,9	9	0,2	1 221
15 000 ... 20 000	129	2,3	25 959	687	2,6	13 463	51,9	-12 776	-49,2	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	25	0,4	6 706	155	2,3	3 494	52,1	-3 339	-49,8	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	5 708	100,0	412 920	28 366	6,9	203 314	49,2	-174 948	-42,4	5 708	100,0	237 978
Arbeitslosen-Haushalte⁶⁾												
unter 1 000	474	62,4	1 535	8 514	554,7	1 136	74,0	+ 7 378	+480,7	113	14,9	1 109
1 000 ... 2 000	165	21,7	2 939	4 394	149,5	1 604	54,6	+ 2 790	+ 94,9	281	37,0	5 074
2 000 ... 3 000	88	11,6	2 559	2 565	100,2	1 455	56,9	+ 1 110	+ 43,4	184	24,2	5 519
3 000 ... 4 000	32	4,2	1 285	967	75,3	753	58,6	+ 214	+ 16,7	142	18,7	5 902
4 000 ... 5 000	1	0,1	52	38	73,1	30	57,7	+ 8	+ 15,4	30	3,9	1 576
5 000 ... 6 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	10	1,3	691
6 000 ... 7 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
7 000 ... 8 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
8 000 ... 9 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
9 000 ... 10 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
10 000 ... 15 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
15 000 ... 20 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	760	100,0	8 370	16 478	196,9	4 978	59,5	+11 500	+137,4	760	100,0	19 871

Anmerkungen in der letzten Folge der Tabelle 3.

In der Einkommensentwicklung der landwirtschaftlichen Haushalte gibt es nach wie vor beträchtliche Schwankungen. 1988 bewirkten günstige Witterungs- und Erntebedingungen, höhere Erlöse für tierische Erzeugnisse, vermehrte Finanzhilfen der EG im Rahmen der Europäischen Marktordnungen und höhere Subventionen zur Verminderung der Milcherzeugung, daß sich die materielle Lage der landwirtschaftlichen Haushalte spürbar besserte, nachdem sie im Vorjahr merkliche Einkommenseinbußen hatten hinnehmen müssen¹¹. Allerdings werden Schwankungen des aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit erzielten Einkommens dadurch gemildert, daß

ein nicht unbeträchtlicher Teil des landwirtschaftlichen Haushaltsbruttoeinkommens (1988: 25 vH) aus unselbstständiger Arbeit stammt.

Die Hälfte der landwirtschaftlichen Haushalte hatte im Berichtsjahr ein monatliches Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen von maximal 5 700 DM (Medianwert). Hier ist in Rechnung zu stellen, daß einschließlich der mit-helfenden Familienangehörigen rund zwei Drittel der in

¹¹ Vgl. Sonja Kreitmair und Martin Schmidt: Produktion und Wertschöpfung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Agrarwirtschaft, Heft 4/1989, S. 99 ff.

noch: Tabelle 3

Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung

Monatliches Haushalts- einkommen von ... bis unter ... DM	Schichtung nach der Höhe des Bruttoerwerbs-1) und -vermögenseinkommens			Empfangene ^{2) 3)} laufende Übertragungen		Geleistete ^{2) 4)} laufende Übertragungen		Transfer- saldo		Schichtung nach der Höhe des verfügbaren Einkommens		
	Zahl d. Haushalte	Einkommen								Zahl der Haushalte	Einkommen	
	in 1000	in vH	Mill. DM	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	in 1000	in vH	Mill. DM
Rentner-Haushalte ⁷⁾												
unter 1 000	6 039	62,5	20 558	135 006	656,7	12 469	60,7	+122 537	+596,1	399	4,1	4 400
1 000 ... 2 000	1 740	18,0	31 572	51 980	164,6	12 832	40,6	+39 148	+124,0	2 828	29,3	51 794
2 000 ... 3 000	1 356	14,0	39 652	41 312	104,2	17 559	44,3	+23 753	+59,9	2 986	30,9	88 758
3 000 ... 4 000	432	4,5	17 420	13 127	75,4	8 461	48,6	+ 4 666	+ 26,8	2 524	26,1	10 4601
4 000 ... 5 000	52	0,5	2 751	1 561	56,7	1 445	52,5	+116	+ 4,2	562	5,8	29 805
5 000 ... 6 000	27	0,3	1 740	822	47,2	927	53,3	-105	- 6,0	253	2,6	16 519
6 000 ... 7 000	12	0,1	925	343	37,1	501	54,2	-158	- 17,1	79	0,8	6 171
7 000 ... 8 000	2	0,0	182	47	25,8	102	56,0	- 55	- 30,2	21	0,2	1 852
8 000 ... 9 000	* 0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	8	0,1	798
9 000 ... 10 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
10 000 ... 15 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
15 000 ... 20 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	9 660	100,0	114 800	244 198	212,7	54 296	47,3	+189 902	+165,4	9 660	100,0	304 698
Pensionärs-Haushalte												
unter 1 000	554	60,1	2 294	21 901	954,7	2 650	115,5	+19 251	+839,2	4	0,4	45
1 000 ... 2 000	167	18,1	3 039	8 045	264,7	2 310	76,0	+5 735	+188,7	25	2,7	495
2 000 ... 3 000	136	14,8	3 987	7 642	191,7	2 863	71,8	+4 779	+119,9	228	24,7	6 983
3 000 ... 4 000	58	6,3	2 318	3 443	148,5	1 686	72,7	+1 757	+ 75,8	280	30,4	11 751
4 000 ... 5 000	5	0,5	270	279	103,3	215	79,6	+ 64	+ 23,7	179	19,4	9 584
5 000 ... 6 000	2	0,2	132	104	78,8	105	79,5	-1	-0,8	121	13,1	7 854
6 000 ... 7 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	58	6,3	4 442
7 000 ... 8 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	21	2,3	1 854
8 000 ... 9 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6	0,7	616
9 000 ... 10 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
10 000 ... 15 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
15 000 ... 20 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
20 000 ... 25 000	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
25 000 oder mehr	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
Zusammen	922	100,0	12 040	41 414	344,0	9 829	81,6	+31 585	+262,3	922	100,0	43 624
Anmerkungen in der letzten Folge der Tabelle 3.												

diesen Haushalten lebenden Personen¹² erwerbstätig sind; in den übrigen Haushaltsgruppen ist die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder deutlich geringer. Außerdem ist die wöchentliche Arbeitszeit der Landwirte in der Regel länger als die anderer Berufsgruppen. Soziale Leistungen und andere empfangene Übertragungen stockten die primären Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte 1988 im Durchschnitt um 17 vH auf, direkte Steuern, Sozialbeiträge und andere geleistete Übertragungen verminderten sie um 38 vH.

Die Steuerbelastung der landwirtschaftlichen Haushalte ist geringer als die der übrigen Erwerbstätigen-

Haushalte. Nach Steuern hatte die Hälfte der landwirtschaftlichen Haushalte im Berichtsjahr ein Monatseinkommen von bis zu 4 500 DM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Haushalten im Durchschnitt mehr Personen leben als in den anderen Haushalten.

Die Selbständigen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft sind eine heterogene Gruppe. Zu ihr zählen die Haushalte von selbständig Erwerbstätigen in der Industrie, im Handel, Handwerk, Verkehrs- und Dienstlei-

¹² Daten zur Einkommensschichtung nach der Haushaltsgröße und nach der Zahl der Einkommensbezieher im Haushalt können hier nicht wiedergegeben werden.

noch: Tabelle 3

Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung

Monatliches Haushalts- einkommen von ... bis unter ... DM	Schichtung nach der Höhe des Bruttoerwerbs ¹⁾ und -vermögenseinkommens		Empfangene ^{2) 3)} laufende Übertragungen			Geleistete ^{2) 4)}		Transfer- saldo		Schichtung nach der Höhe des verfügbaren Einkommens		
	Zahl d. Haushalte	Einkommen								Zahl der Haushalte	Einkommen	
	in 1000	in vH	Mill. DM	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	Mill. DM	in vH ⁵⁾	in 1000	in vH	Mill. DM
Privathaushalte insgesamt												
unter 1 000	7 067	27,0	24 387	165 421	678,3	16 255	66,7	+ 149 166	+ 611,7	516	2,0	5 554
1 000 ... 2 000	2 139	8,2	38 878	64 707	166,4	17 215	44,3	+ 47 492	+ 122,2	3 632	13,9	67 224
2 000 ... 3 000	2 265	8,6	68 030	54 338	79,9	29 980	44,1	+ 24 358	+ 35,8	6 875	26,3	208 519
3 000 ... 4 000	2 332	8,9	98 277	25 527	26,0	42 435	43,2	- 16 908	- 17,2	7 278	27,8	303 633
4 000 ... 5 000	2 122	8,1	115 255	12 620	10,9	50 922	44,2	- 38 302	- 33,2	2 685	10,3	143 888
5 000 ... 6 000	2 161	8,3	142 770	13 119	9,2	65 266	45,7	- 52 147	- 36,5	1 751	6,7	114 607
6 000 ... 7 000	1 881	7,2	146 503	11 756	8,0	67 918	46,4	- 56 162	- 38,3	1 056	4,0	81 653
7 000 ... 8 000	1 530	5,8	137 288	9 714	7,1	63 779	46,5	- 54 065	- 39,4	668	2,6	59 600
8 000 ... 9 000	1 181	4,5	120 002	7 818	6,5	55 553	46,3	- 47 735	- 39,8	453	1,7	45 868
9 000 ... 10 000	881	3,4	99 994	6 191	6,2	45 929	45,9	- 39 738	- 39,7	301	1,1	34 106
10 000 ... 15 000	1 194	4,6	174 470	11 139	6,4	72 269	41,4	- 61 130	- 35,0	414	1,6	60 844
15 000 ... 20 000	790	3,0	160 486	8 499	5,3	64 172	40,0	- 55 673	- 34,7	282	1,1	57 607
20 000 ... 25 000	428	1,6	112 453	5 624	5,0	41 320	36,7	- 35 696	- 31,7	165	0,6	43 065
25 000 oder mehr	216	0,8	87 737	3 453	3,9	28 728	32,7	- 25 275	- 28,8	111	0,4	38 535
Zusammen	26 187	100,0	1 526 530	399 926	26,2	661 741	43,3	- 261 815	- 17,2	26 187	100,0	1 264 703

¹⁾ Einschließlich Einkommen aus Wohnungsvermietung, ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. —

²⁾ Einschließlich Übertragungen zwischen Privathaushalten sowie zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Ohne Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. — ⁴⁾ Einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden, ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. — ⁵⁾ In vH des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens. — ⁶⁾ Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. — ⁷⁾ Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

stungsgewerbe, schließlich die Haushalte von Ärzten, Rechtsanwälten, Steuerberatern und Angehörigen anderer freier Berufe. Auch in den Selbständigen-Haushalten außerhalb der Landwirtschaft ist die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder vergleichsweise hoch. Neben dem Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind Einkünfte aus anderen Quellen hier durchaus von Bedeutung. So beziehen diese Haushalte Zinsen und Dividenden¹³ sowie Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (einschließlich unterstellter Einkünfte als Gegenwert für die Nutzung von Eigentümerwohnungen)¹⁴, die im Durchschnitt erheblich höher sind als die der übrigen Gruppen; Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit machen am Haushaltseinkommen von Freiberuflern, die eine Praxis betreiben und zugleich abhängig beschäftigt sind, einen nicht zu vernachlässigenden Teil aus¹⁵. Die Hälfte der nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte hatte 1988 ein monatliches Bruttoeinkommen von mehr als 16 500 DM. Allerdings ist die Streuung der Einkommen in dieser Haushaltsgruppe sehr groß. Die Steuerquote der Selbständigen-Haushalte ist zwar gemessen am Durchschnitt aller Haushalte hoch. Vergleicht man jedoch Haushalte mit gleichem Niveau der Bruttoeinkommen, so zeigt sich, daß die Selbständigen-Haushalte eine eher ge-

ringere Steuerlast trugen als die Haushalte von Arbeitnehmern.

Das verfügbare Einkommen betrug für die Hälfte der nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte 1988 mindestens 12 000 DM je Monat. Zu berücksichtigen ist, daß Selbständige — anders als Arbeitnehmer — in der Regel einen beträchtlichen Teil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden, um ihre Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu finanzieren.

Arbeitnehmer-Haushalte

Die Hälfte der Angestellten-Haushalte hatte 1988 ein monatliches Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und

¹³ Vgl. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1988. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/1989, S. 320 ff.

¹⁴ Vgl. Manfred Euler: Das Einkommen privater Haushalte aus Grundvermögen in der amtlichen Statistik. In: Der langfristige Kredit, Heft 14/1989, S. 444 ff., Heft 15/1989, S. 482 ff.

¹⁵ Vgl. Einkommenslage und -entwicklung der freien Berufe. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1988, S. 287 ff.

Tabelle 4

Mittelwerte der Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen 1988 vor und nach der Umverteilung in DM je Haushalt und Monat

	Haushalte von								Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in außerhalb der Landwirtschaft		Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen ¹⁾	Rentnern ²⁾	Pensionären	
Schichtung der Haushalte nach der Höhe des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens									
Modalwert ³⁾	3 333	9 705	6 027	5 182	3 843	.	.	.	.
Median ⁴⁾	5 685	16 501	6 685	5 681	5 391	.	.	.	3 702
Arithmetisches Mittel	5 877	17 752	7 466	6 262	6 028	.	.	.	4 858
Schichtung der Haushalte nach der Höhe des verfügbaren Einkommens									
Modalwert ³⁾	3 798	9 037	3 751	3 793	2 720	1 425	2 167	3 583	3 171
Median ⁴⁾	4 493	11 999	3 872	4 426	3 111	1 950	2 513	3 719	3 265
Arithmetisches Mittel	4 665	13 618	4 365	4 777	3 474	2 178	2 628	3 942	4 024

¹⁾ Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. — ²⁾ Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben. — ³⁾ Häufigste Besetzung der Einkommensskala. — ⁴⁾ Obere Einkommensgrenze für die Hälfte der Haushalte.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Vermögen von höchstens 6 700 DM; der Medianwert für die Beamten-Haushalte lag bei 5 700 DM, der für die Arbeiter-Haushalte bei 5 400 DM im Monat. Zu berücksichtigen ist, daß diese Einkommensgrößen (Beamten-Haushalte ausgenommen) die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließen, daß Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld hier rechnerisch gleichmäßig auf die Monate des Berichtsjahres verteilt wurden, daß in den primären Einkommen — wie erwähnt — Geldvermögenserträge und Mieteinkünfte enthalten sind. Schließlich ist zu bedenken, daß in fast der Hälfte der Arbeitnehmer-Haushalte mehrere Personen zum gemeinsamen Einkommen beitragen.

Die Angestellten- und Arbeiter-Haushalte werden von der Umverteilung des Einkommens vergleichsweise stark berührt. Neben direkten Steuern wirken sich hier vor allem die Beiträge zu den einzelnen Zweigen des sozialen Sicherungssystems aus. 1988 machten die empfangenen laufenden Übertragungen dieser Haushaltsgruppen 6 vH bzw. 7 vH, die geleisteten Transfers indes 48 vH bzw. 49 vH der primären Einkommen aus. Die Einkommen der Beamten-Haushalte sind von der Umverteilung schwächer betroffen, da Beamte von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung befreit sind. Sie zahlen allerdings in der Regel einen Beitrag zur privaten Krankenversicherung. Die von den Beamten-Haushalten geleisteten laufenden Übertragungen betrugen im Berichtsjahr 34 vH der Bruttoeinkommen.

Nach Steuern und der Berücksichtigung von Sozialversicherungsabgaben hatte die Hälfte der Angestellten-Haushalte 1988 höchstens 3 900 DM, die der Beamten-

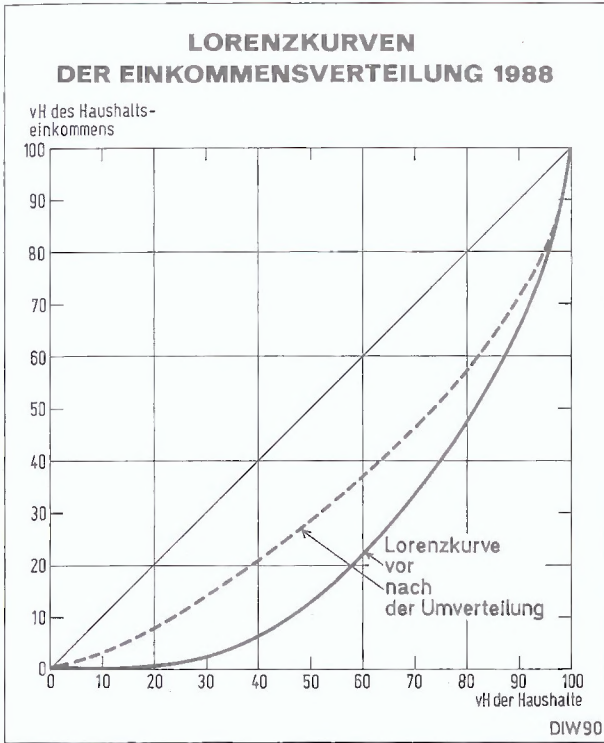
Haushalte höchstens 4 400 DM und die der Arbeiter-Haushalte höchstens 3 100 DM monatlich zur Verfügung. Für ein Zehntel aller Arbeitnehmer überschritt das Haushaltseinkommen den Monatsbetrag von 2 300 DM nicht.

Haushalte von Nichterwerbstätigen

Die Haushalte von Nichterwerbstätigen werden hier danach gegliedert, ob die Haushaltsvorstände überwiegend von Arbeitslosenunterstützung, Renten oder Pensionen leben. Die Rentner-Haushalte schließen diejenigen Haushalte ein, deren Haushaltsvorstände ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus anderen laufenden Übertragungen (z.B. Sozialhilfe) oder aus Vermögenseinkommen bestreiten. Für die Nichterwerbstätigen-Haushalte ergibt sich fast ausschließlich ein positiver Saldo von empfangenen und geleisteten Transfers.

Die Einkommenslage der Arbeitslosen-Haushalte ist nicht leicht zu erfassen. In dieser Gruppe gibt es häufiger Zu- und Abgänge als in anderen Haushalten. Bei einer jahresdurchschnittlichen Zahl von 2,2 Mill. als arbeitslos registrierte Personen erfaßte die Bundesanstalt für Arbeit im Berichtsjahr 3,7 Mill. Zugänge von Arbeitslosen, 2,1 Mill. Arbeitsvermittlungen und 1,7 Mill. Abgänge aus Arbeitslosigkeit. Fast ein Drittel der Arbeitslosen war allerdings 1988 länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Nicht selten treffen in Arbeitslosen-Haushalten Arbeitslosenunterstützung und Einkommen aus unselbständiger Arbeit zusammen, etwa wenn jemand während des Jahres teilweise Lohn oder Gehalt, teilweise Arbeitslosengeld bezieht oder auch wenn der Ehepartner des Haus-



haltsvorstands als Arbeitnehmer tätig ist. In diesem Fall gilt der „Progressionsvorbehalt“ des Einkommensteuerrechts, d.h. im Splittingverfahren wird bei der Ermittlung des Steuersatzes das — steuerfreie — Einkommen des Haushaltsvorstands berücksichtigt¹⁶.

Aus der Schichtung der Arbeitslosen-Haushalte nach der Höhe ihres monatlich verfügbaren Einkommens wurde für 1988 der Medianwert von 1 950 DM berechnet; er ist um rund die Hälfte geringer als der für die Arbeitnehmer-Haushalte ermittelte Wert. Noch niedriger liegt der Medianwert für diejenigen Arbeitslosen-Haushalte, in denen es neben dem Haushaltsvorstand keinen weiteren Einkommensbezieher gibt (1 430 DM). Allerdings gab es auch Haushalte von Arbeitslosen mit einem verfügbaren Monatseinkommen von mehr als 5 000 DM (größere Haushalte mit mehreren Einkommensbeziehern).

In den Haushalten älterer Nichterwerbstätiger sind Erwerbseinkünfte naturgemäß von geringer Bedeutung. Vermögenserträge indes fallen hier durchaus ins Gewicht; nicht selten haben ältere Personen während einer längeren Anspannzeit Geldvermögensbestände in mitunter beträchtlicher Höhe gebildet.

Neben den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung empfangen Rentner-Haushalte ggf. weitere soziale Leistungen (Wohngeld, Sozialhilfe, Kriegsfolgeleistungen). Das verfügbare Einkommen lag für die Hälfte der Rentner-Haushalte im Berichtsjahr bei höchstens 2 500 DM je Monat. Dieser Betrag war um fast ein Drittel

niedriger als der für die Arbeitnehmer-Haushalte berechnete Median. Berücksichtigt man aber, daß in Rentner-Haushalten durchschnittlich eine Person weniger als in Arbeitnehmer-Haushalten lebt, so ergibt sich, daß die in Rentner- und Arbeitnehmer-Haushalten lebenden Personen im Mittel materiell etwa gleichgestellt sind.

Das Haushaltseinkommen der Beamtenpensionäre liegt im Durchschnitt nicht unerheblich über dem der Sozialrentner. Hier wirkt sich aus, daß das Einkommensniveau der Beamten (die Grundlage für die Pensionsberechnungen) wegen ihrer vergleichsweise hohen Qualifikation höher ist als das nichtbeamteter Arbeitnehmer (die Grundlage für die Rentenberechnungen); hinzu kommt, daß die Altersversorgung der Beamten recht günstig ist¹⁷. Weil Beamtenpensionen lohnsteuerpflichtig sind, während Sozialrenten faktisch steuerfrei bleiben, wird der Einkommensvorteil der Beamtenpensionäre gegenüber Sozialrentnern gemindert. Doch verfügte die Hälfte der Pensionärs-Haushalte 1988 über maximal 3 700 DM im Monat, während die Hälfte der Rentner-Haushalte höchstens einen um ein Drittel geringeren Betrag ausgeben konnte.

Realtransfers

Insgesamt haben die Privathaushalte 1988 rund 262 Mrd. DM mehr an Einkommensübertragungen geleistet als empfangen. Diesem monetären Transfersaldo stehen allerdings in erheblichem Umfang reale Transferströme gegenüber, die der Staat ohne spezielles Entgelt oder bei nur geringer Kostendeckung zur Verfügung stellt. Hier sind vor allem die Leistungen des Unterrichtswesens zu nennen. Hinzu kommen die „Sachleistungen“ im Gesundheitswesen, die zwar aus den Beiträgen der Versicherten finanziert, aber nicht in die von den privaten Haushalten empfangenen Übertragungen einbezogen werden. 1988 summierten sich die Aufwendungen des Staates für Leistungen der Kindergärten, Schulen, Hochschulen und anderer Bildungseinrichtungen, für Arzt-, Zahnarzt- und Krankenhausleistungen, Medikamente und medizinische Hilfsmittel auf rund 206 Mrd. DM.

Diese Realtransfers gehören überwiegend zum „erweiterten Verbrauch“ der privaten Haushalte¹⁸. Allerdings ist es schwierig, sie eindeutig sozialen Gruppen oder Haushalten unterschiedlicher Einkommenshöhe zuzuordnen.

¹⁶ Seit 1990 gilt der Progressionsvorbehalt auch für andere Lohnersatzleistungen (Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletzungsgeld u.ä.).

¹⁷ Im öffentlichen Dienst ist die Altersversorgung auch für nichtbeamtete Arbeitnehmer günstig.

¹⁸ Vgl. Günter Kopsch: Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1984, S. 297 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Bernhard Seidel.

Großraum Berlin. Bearbeitet von Hans Heuer, —

Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten